

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums  
der Verteidigung**

35. Abgeordneter  
**Uwe  
Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über neuerliche Fehlschüsse auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr, die sich dort kurz vor dem Jahreswechsel 2011/2012 ereignet haben (vgl. [www.oberpfalznetz.de/zeitung/3091765-129-falsche\\_richtung,1,0.html](http://www.oberpfalznetz.de/zeitung/3091765-129-falsche_richtung,1,0.html)), und bleibt sie vor diesem Hintergrund bei ihrer Einschätzung, dass die Sicherheitsvorkehrungen „bisher als ausreichend“ anzusehen sind (vgl. Antwort zu Frage 4 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/7223)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Christian Schmidt  
vom 18. Januar 2012**

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über neuerliche Fehlschüsse auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr vor, die sich dort kurz vor dem Jahreswechsel 2011/2012 ereignet haben sollen.

Die von Ihnen angeführte Internetseite behandelt nach hiesigen Erkenntnissen den Schießunfall vom 8. Juli 2011. Ein diesbezüglicher Artikel wurde im Rahmen eines Jahresrückblicks 2011 mit Datum 31. Dezember 2011 erneut veröffentlicht.

Zum Vorfall selbst wurde eine Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 27. September 2011 durch die Bundesregierung beantwortet. Die dort gemachten Aussagen zu den bestehenden Sicherheitsvorkehrungen gelten unverändert.

36. Abgeordnete  
**Katja  
Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang hat die Bundesregierung seit 2005 Forschungsaufträge an die deutsche Rüstungsindustrie vergeben, und wie viele Firmen sind dabei beauftragt worden?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Christian Schmidt  
vom 13. Januar 2012**

Das Bundesministerium der Verteidigung hat in den Jahren 2005 bis 2010 die in nachstehender Übersicht nach Anzahl der Auftragnehmer und Auftragsumfang aufgeführten Forschungsaufträge vergeben:

Haushaltsjahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Umfang in Mio. €	225,4	353,5	284,2	296,2	220,6	218,9
Anzahl der Auftragnehmer	180	198	206	219	207	156

Bei der Auswertung wurde eine Beschränkung auf Auftragnehmer mit einem Auftragsvolumen größer als 50 000 Euro vorgenommen. Bezogen auf die übrigen Ressorts ergibt sich folgende Rahmenbedingung: Die „wehrtechnische Industrie“ ist ein Industriezweig, der eine Vielzahl von Unternehmen aller Größenklassen aus unterschiedlichen Branchen umfasst. Wegen des breiten Leistungsspektrums dieser Unternehmen und fehlender eindeutiger Abgrenzungskriterien ist eine konkrete Benennung jedoch nicht möglich.

Im Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e. V. (BDSV) sind derzeit nach Verbandsangaben rund 90 Unternehmen (einschließlich der jeweiligen Tochterunternehmen) organisiert (siehe auch Bundestagsdrucksache 17/8097). Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hat in den Jahren 2005 bis 2010 die in der nachstehenden Übersicht aufgeführten Auftragsvolumina an Unternehmen vergeben, die im BDSV organisiert sind. Hierbei handelt es sich um rein zivil ausgerichtete Forschungsaufträge ohne Bezug zu wehrtechnischen Inhalten.

Haushaltsjahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Umfang in Mio. €	1,7	1,0	0,6	4,5	8,3	12,4
Anzahl der Firmen	3	1	1	3	3	3

Weitere Ressorts haben keine Forschungsaufträge an im BDSV organisierte Unternehmen vergeben.

37. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)      Wie viele der geförderten marktreifen Produkte sind später exportiert worden?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Christian Schmidt  
vom 13. Januar 2012**

Wehrtechnische Forschung und Technologie (F&T) dient nicht der Förderung von technologischen Entwicklungen zur Herstellung marktreifer Produkte für den Export, sondern der Vorbereitung von Technologien für die Ausrüstung deutscher Streitkräfte. Produkte für die Einführung in die Bundeswehr, die gegebenenfalls über ein

Exportpotential verfügen, entstehen erst im Zuge der Projektierungs- und Realisierungsphase des Material- und Ausrüstungsprozesses der Bundeswehr. Insofern kann die Frage nach geförderten marktreifen Produkten, die später exportiert wurden, auf dieser Grundlage nicht beantwortet werden.

38. Abgeordnete **Katja Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung die Diskrepanz zwischen ihren Antworten bezüglich der Investitionsnotwendigkeit für den Fähigkeitstransfer des Waffensystems CH-53, in denen sie zunächst anlässlich der Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/6869 von keiner Investition ausging, aber nun laut einer Äußerung des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Schmidt bis zu 27 Mio. Euro Investitionskosten ins Auge fasst ([www.mv-online.de/aktuelles/muensterland/1849883\\_Verlegung\\_nicht\\_zum\\_Nulltarif.html](http://www.mv-online.de/aktuelles/muensterland/1849883_Verlegung_nicht_zum_Nulltarif.html), Stand: 11. Januar 2012)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Thomas Kossendey  
vom 18. Januar 2012**

Durch die lediglich auszugsweise Darstellung der Antwort der Bundesregierung auf die o. g. Kleine Anfrage (Schreiben des Staatssekretärs Rüdiger Wolf vom 25. August 2011, veröffentlicht auf Bundestagsdrucksache 17/6869) in dem erwähnten Artikel der „Münsterländischen Volkszeitung“ wird der Eindruck vermittelt, dass Investitionen in zukünftigen Standorten ausgeschlossen werden könnten.

Kosten und Betriebsausgaben für das Waffensystem CH-53 fallen unabhängig von der Zugehörigkeit zur Teilstreitkraft in gleicher Höhe an. Schwankungen in den Kosten ergeben sich aus Veränderungen in der Stückzahl der betriebenen Waffensysteme und aus Entscheidungen zur Stationierung vom 26. Oktober 2011. Beide Aspekte waren und sind unabhängig von einem Transfer des Waffensystems CH-53 in den Streitkräften zu sehen.

Die durch den Parlamentarischen Staatssekretär Christian Schmidt erfolgte Konkretisierung des Investitionsvolumens an den Standorten Laupheim und Schönwalde-Holzdorf ergibt sich aus den Stationierungsentscheidungen, nicht aus dem Fähigkeitstransfer. Eine Diskrepanz zwischen den Aussagen des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Schmidt und des Staatssekretärs Rüdiger Wolf liegt somit nicht vor.